



Interviews

Datum: 05.09.2023

Philipp May im Gespräch mit Erwin Huber

Philipp May: Es war ohne Frage eine schwierige Abwägungsentscheidung, die Bayerns Ministerpräsident Markus Söder am Sonntag treffen musste. Kann Hubert Aiwanger, sein Stellvertreter und Chef des Koalitionspartners, der Freien Wähler, im Amt bleiben, trotz erstaunlicher Erinnerungslücken bei der Aufklärung der Affäre um das antisemitische Hetzflugblatt in seiner Schultasche als 16jähriger und Zeugenaussagen über Hitler-Grüße oder einen Judenwitz Aiwangers bei einem KZ-Besuch zu Jugendzeiten.

Der vorläufige Ausgang ist bekannt. Aiwanger darf bleiben, weil sich insbesondere die Version der Aiwangers, der Bruder sei der Verfasser gewesen, nicht widerlegen lässt. Doch ausgestanden ist die Sache damit für alle Beteiligten noch nicht. Die Wellen schlagen weiter hoch, denn so viele Sachen spielen mit hinein, zum Beispiel die kommende Landtagswahl in fünf Wochen.

Am Telefon ist jetzt der ehemalige Chef der CSU, Erwin Huber. Herr Huber, grüß Gott!

Erwin Huber: Guten Morgen!

May: Glauben Sie Hubert Aiwanger?

Huber: Wenn man seine Antworten liest, dann hat er in erster Linie Erinnerungslücken. Das heißt, er leugnet im Grunde auch, die Flugblätter gehabt zu haben. Das ist wenig glaubwürdig.

May: Er beruft sich auf die Erinnerungslücken. Gleichzeitig schreibt er aber, die Sache mit dem antisemitischen Hetzflugblatt in seiner Tasche sei ein einschneidendes Erlebnis für ihn gewesen. – Sie sind mit Verlaub noch ein, zwei Jahre älter als Herr

Aiwanger. Haben Sie auch solche Erinnerungslücken bei den wirklich wichtigen, den einschneidenden Erlebnissen aus Ihrer Jugend?

Huber: Ich finde es immer sehr schwach, wenn man sich auf Erinnerungslücken berufen muss. Das ist ja auch der Kernpunkt dieser Antworten. Aber letztlich geht es jetzt bei der Wahl um die Zukunft Bayerns. Ich meine nicht, dass das zu einem Plebiszit für die Zukunft Aiwangers gemacht werden soll. So wichtig ist der Hubert Aiwanger nicht. Und die politische Kultur in Bayern kann er auch nicht zerstören.

Ich sage: Hätte er die erste Anfrage der Süddeutschen vom 17. August sofort beantwortet, dann wäre Bayern drei Wochen Skandalgeschichte oder Bauerntheater erspart geblieben, auch eine Spaltung in der Gesellschaft erspart geblieben. Aber der Presse, auch der Süddeutschen mit Klagen zu drohen, war von Anfang an der falsche Weg. Die Karten auf den Tisch wäre der bessere Weg gewesen.

May: Nun hat sich Hubert Aiwanger anders entschieden und Markus Söder hat im Vorfeld dieses Fragenkataloges umfassende Transparenz und Aufklärung von Aiwanger eingefordert. Deswegen ja der Fragenkatalog. Ist das denn jetzt für Sie diese Transparenz?

Huber: Nein, ist sie natürlich nicht! Aber die Aussage, ich kann mich nicht erinnern, das spricht ja für sich. Das heißt, Hubert Aiwanger hat eigentlich gar keinen Aufklärungswillen. Die Mehrheit der Bevölkerung in Bayern – das muss man sehen – sagt, das ist eine Jugendsünde, ist lange zurück, Schwamm drüber, und so weit, so schlecht, kann ich sagen.

May: Wenn die Mehrheit der Bevölkerung Bayerns das sagt, kann das handlungsleitend, muss das handlungsleitend für den Ministerpräsidenten in dieser Situation sein?

Huber: Nein, natürlich nicht! Aber man muss ja sehen: Vier Wochen vor der Landtagswahl eine Regierungskrise heraufzubeschwören, das ist sinnlos. Das heißt, Markus Söder hat aus Verantwortungsethik gehandelt. Er denkt an die Folgen des Handelns. Und man muss ja auch sehen: Das größte Problem, das Deutschland hat, das Bayern im Moment hat, ist die wirtschaftliche Lage, ist die Energieversorgung. Hier in

einer Wirtschaftskrise auch noch eine politische Krise drüberzustülpen, wäre der falsche Weg. Deshalb stehen wir diese vier Wochen mit Aiwanger als einem angeschlagenen Wirtschaftsminister durch.

May: Kritiker sagen jetzt, dass Söder damit eine Brandmauer gegen Antisemitismus einreißen würde. Was sagen Sie den Kritikern?

Huber: Das ist sicher falsch. An der Haltung von Söder zu rechts außen, zu Rechts extremismus oder auch zu Antisemitismus gibt es überhaupt keinen Zweifel, auch nicht der CSU. Das wäre beleidigend, das zu unterstellen.

May: Jetzt glauben viele, dass Aiwanger sogar von dieser Affäre am Ende profitiert. Können Sie sich das auch vorstellen, so wie die Debatte in der letzten Woche gelaufen ist?

Huber: Die Freien Wähler werden den Versuch unternehmen, die Landtagswahl zum Plebiszit über Aiwanger zu machen. Sie haben im Grunde auch kein Programm, sondern ihr Programm ist Aiwanger, ist eine Ein-Mann-Partei, und deshalb wird man dies in den Vordergrund stellen. Die Frage ist ob die bayerische Bevölkerung mündig genug ist, das zu durchschauen. Ich hoffe es sehr.

May: Hoffen Sie. – Glauben Sie es auch?

Huber: Ja. Es gibt eine Anhängerschaft, die mehr oder weniger fast blind ist. Das ist in der Tat ähnlich wie bei Trump. Aber insgesamt setze ich auf die Vernunft der bayerischen Bevölkerung und auf die Tatsache, dass sich die Welt nicht um Hubert Aiwanger dreht.

May: Haben Sie auch das Gefühl - da gibt es jetzt einige, die genau das sagen; ich habe es auch in meiner Themenübersicht schon gesagt -, das ist im Prinzip der Einzug der Methode Trump in den deutschen Wahlkampf, in die deutsche Politik, es gibt

Vorwürfe, die nicht entkräftet werden, und stattdessen bläst man zur Gegenattacke und kommt damit durch?

Huber: Man kann Aiwanger nicht mit Trump gleichstellen. So groß ist der Aiwanger ja nicht. Aber die Methoden ähneln sich. Man nimmt gar nicht zur Kenntnis, dass es Vorwürfe gibt. Man leugnet das einfach. Man droht mit Klage. Zweitens: Man macht sich zum Opfer. Das hat schon Ähnlichkeiten mit dem Trumpismus. Ich hoffe, dass das nicht Schule macht in der deutschen Politik.

May: Hätte es das zu Ihren Zeiten auch gegeben oder zu Strauß-Zeiten? Darauf werden häufig Anleihen gegeben. Sie haben das schon politisch erklärt, warum es so passiert ist. Aber ein CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident Bayerns macht nicht das, was man möglicherweise sonst hätte machen können, nämlich einen Wirtschaftsminister entlassen aus Angst vorm Wähler, vor einer politischen Krise vier Wochen vor einer Wahl. Hätte man das so zu Strauß-Zeiten auch geregelt oder zu Stoiber-Zeiten oder zu Huber-Zeiten?

Huber: Die Zeiten waren insgesamt ganz anders. Wir haben jetzt eine gesplante Gesellschaft. Wir haben eine sehr stark medien- und stimmungorientierte Situation. Wir haben stark sich ausbreitenden Populismus. Das heißt, man kann die Zeiten schlecht vergleichen.

Auf der anderen Seite möchte ich noch mal sagen: Markus Söder muss abwägen oder musste das. Was sind die Folgen des Tuns? Die Folgen, den Aiwanger zu entlassen, wäre nicht nur eine Frage gewesen, die die Freien Wähler betrifft, sondern den Wirtschaftsstandort Bayern. Es ist schlecht genug, dass wir diesen angeschlagenen Wirtschaftsminister haben. Jetzt die nächsten vier Wochen noch eine Regierungskrise da zuzufügen, wäre nicht verantwortungsvoll gewesen. Er hatte leider da keine andere Wahl.

Ich hoffe, dass die Bürger sich jetzt besinnen auf die wirklichen Fragen, die für Bayern in den nächsten fünf Jahren wichtig sind, und nicht eine Aiwanger-Wahl machen.

May: Glauben Sie, das Ergebnis wäre ein anderes gewesen, wenn keine Landtagswahl vor der Brust gestanden hätte, wenn die Landtagswahl beispielsweise erst 2024 oder _25 gewesen wäre?

Huber: Dann wäre es eine andere Situation gewesen. Ich kann aber nicht orakeln, wie es dann ausgegangen wäre. Aber man muss ja auch sehen: Im Moment gibt es auch keinen Landtag, nur einen Zwischenausschuss. Das heißt, in den nächsten vier Wochen wird gesetzesmäßig auch nichts passieren. Das macht einen Unterschied.

May: Mal unabhängig von Aiwangers Handling dieser Situation – was erwarten Sie in Zukunft von Hubert Aiwanger?

Huber: Ich erwarte mehr Offenheit, mehr Klarheit und auch eine echte Entschuldigung. Es ist schon ein Datum, wenn die Frau Knobloch sagt, sie kann diese Entschuldigung nicht annehmen. Jüdisches Leben ist in Bayern wichtig. Wir haben eine große neue Synagoge in München gebaut, auch mit Unterstützung des Freistaates Bayern. Das heißt, wir wollen Frieden und ein gutes Miteinander. Aiwanger hat aus meiner Sicht in den letzten drei Wochen viel zur Spaltung des Landes beigetragen. Er sollte jetzt einiges tun, damit diese Spaltung überwunden wird.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.